

Phoenix-Gespräch mit Bundespräsident Johannes Rau zum Irak-Krieg

Frage (Ernst Elitz): ... Sie gehören ja einer Generation an, die noch Kriegserlebnisse hat... Haben Sie da noch eigene Eindrücke?

Antwort: Ich habe ganz lebendige und schreckliche Eindrücke. Ich habe ja in Wuppertal gelebt. Und in Wuppertal gab es zwei große Kriegsangriffe, einen am 29./30. Mai 1943 auf den Stadtteil Barmen und einen vier Wochen später, 25. Juni, auf den Stadtteil Elberfeld. Allein in Barmen gab es 6000 Tote. Mein Vater war als Soldat auf Urlaub zu Hause. Wir haben die ganze Nacht gelöscht in der Nachbarschaft. Wir selber, unser Miethaus blieb unbeschädigt, aber ich sehe noch die Flammen dieser Nacht. Und ich habe Raketen gesehen über den Fernsehschirm in einem Luftschutzkeller in Israel 1991. Also, ich weiß, was Krieg ist. Und ich wünschte mir, selbst in letzter Sekunde, er wäre vermeidbar und er würde vermieden.

Frage: Aus solchen Eindrücken ist wahrscheinlich auch verständlich, dass sich viele in Deutschland und in Europa gegen einen solchen Krieg aussprechen, Erfahrungen, die man in den Vereinigten Staaten nicht hat.

Antwort: Ja, obwohl der Anteil derer in den Vereinigten Staaten, die eine UNO-Lösung wünschen, doch erheblich ist. Das ist fast die Hälfte in den letzten Umfragen. Und das, was die amerikanische Administration gegenwärtig zu entscheiden scheint, das ist auf dünnem Eis, was die Zustimmung angeht, auch in Amerika. Denn in Amerika geht die Spaltung vielleicht noch stärker durch die Zivilgesellschaft, auch durch die Kirchen, durch die Glaubensgemeinschaften als hier bei uns. Bei uns (gibt es) eine klare Position. Und ich glaube, dass man mit Fug und Recht sagen kann, in Deutschland will niemand diesen Krieg.

Frage: Präsident Bush und auch Blair sagen, das ist ein "gerechter Krieg". Gibt es den "gerechten Krieg"?

Antwort: Ich glaube nicht. Es gibt die Lehre von Thomas von Aquin über den "gerechten Krieg". Aber die passt nicht in die Zeit, in der wir leben, weil damals schon der Begriff der Waffe ganz anders war als heute. Damals beschrieb man die Waffe als etwas, was den Gegner handlungsunfähig macht, das aber sein Umfeld nicht treffen konnte. Moderne Bomben und Raketen haben diese Beschreibung von Waffen nicht mehr verdient, und das seit Jahrzehnten nicht. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat 1948 gesagt, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll. Das hat der Papst am Sonntag noch mal gesagt. Ich glaube, dass das eine weit über die christlichen Kirchen hinausgehende Einschätzung ist, der ich noch mehr Zustimmung wünsche.

Frage: Nun sind ja Bush ... und Blair der Meinung, dass sich ihre Lehre vom "gerechten Krieg", ... durchaus aus dem Neuen Testament ableiten lässt. Sie sind ja auch Christ und lesen sicher genauso häufig in der Bibel wie Bush und Blair, aber Sie haben diese Stelle noch nicht gefunden?

Antwort: Ich weiß nicht, (ob) so oft. Doch die Stelle gibt es auch. Es gibt zum Thema Krieg und Frieden natürlich, wie zu vielen anderen Themen in der Bibel, sehr sehr gegenläufige Formulierungen. Und es kommt nicht darauf an, ob man eine Bibelstelle findet, die das rechtfertigt, sondern ob der Geist der Bergpredigt und des Neuen Testaments es erlaubt, so vorzugehen, wie Bush das jetzt glaubt, verantworten zu können. Ich bin überzeugt davon, dass er eine vor sich selber verantwortliche Entscheidung trifft, so wie ich das jedem Staatsmann zubillige. Ich bin auch mit ihm der Meinung, dass Saddam Hussein ein schrecklicher Diktator ist, der schrecklich viel Unheil über die Welt gebracht hat. Ich glaube allerdings, gegenwärtig ist der Irak die bestkontrollierte Diktatur, die es auf der Welt gibt. Und ich wünschte mir noch mehr Kontrolle dieser Diktatur durch Inspektoren.

Frage: Müssen die Europäer und die Deutschen fürchten, dass es jetzt zu Terroranschlägen auch in Europa kommt, obwohl man sich hier gegen den Krieg ausgesprochen hat?

Antwort: Ich bin überzeugt davon, dass es Fundamentalisten gibt. Die werden versuchen, diese Entscheidung der amerikanischen Administration als einen Schlag gegen den Islam, gegen den wahren Glauben zu definieren. Und die werden in ihrer Verblendung ganz gewiss Terroranschläge versuchen, nicht nur in Israel, nicht nur im Nahen Osten, sondern auch gegen amerikanische, gegen israelische, gegen deutsche Einrichtungen. Ich glaube, wir sind gut gerüstet. Und es besteht jetzt kein Anlass zu erhöhter Nervosität, wohl aber zu Sorgfalt und Vorsicht.

Frage: ... Haben wir ein falsches Bild vom Islam, dass wir ihn immer mit Terrorismus und Fundamentalismus in Verbindung bringen?

Antwort: Wir haben sicher ein falsches Bild, aber das hängt damit zusammen, nicht mit dem Islam, sondern damit, dass es in allen großen Weltreligionen Fundamentalisten gibt, die glauben, sie seien frömmer als die anderen. Der Fundamentalismus ist nicht das Fundament des Glaubens, sondern sein ärgster Feind. Und ich bin überzeugt davon, dass die Islamisten, die glauben, der Terror sei erlaubt, dem Willen und dem Bild des wirklichen Islam entgegen stehen. Das sind nicht besonders fromme Leute, sondern besonders verbohrte Leute. Und darum müssen wir darauf achten, dass wir nicht in Europa eine anti-islamische, eine anti-muslimische Stimmung bekommen. Das war einer der Gründe dafür, warum ich heute die Partei- und Fraktionsvorsitzenden zu mir gebeten habe. Denn in allen Weltreligionen kann man eine goldene Regel finden, die heißt im Neuen Testament: Was du nicht willst, das man dir tut, das füg auch keinem anderen zu. Das gibt es im Koran und das gibt es in der Thora, wenn auch mit anderen Worten. Das ist die goldene Lebensregel, nach der sollte man zu leben versuchen und zwar nicht nur als Einzelner, sondern auch als Nation.

Frage: Wünschen Sie sich manchmal, dass die Muslime, die in Deutschland leben ... diesen humanen Islam auch in der Öffentlichkeit stärker bekennen und die deutschen Mitbürger davon überzeugen?

Antwort: Also, viele von denen tun das. Aber das Problem ist, Herr Elitz, - ich mache ja bei allen Reisen, die ich in andere Länder mache, Gespräche mit Vertretern der Weltreligionen, das sind dann Muslime und Juden und Christen und Buddhisten und Hindu, die da zusammensitzen - das Problem ist, dass die Fundamentalisten natürlich nie kommen, und zwar weder die christlichen noch die islamischen noch die jüdischen. Die haben sich ihre eigene Welt geschaffen. Ich glaube, die haben Angst vor ihrer eigenen Religion und flüchten sich deshalb in eine scheinbare Stabilität, die in Wirklichkeit keine ist.

Frage: Was haben Sie denn in den letzten Wochen so Neues über die Vereinten Nationen gelernt? ... Waren Sie erschreckt, wie die Vereinten Nationen und der Sicherheitsrat auf einmal an die Seite gedrückt wurden?

Antwort: Ich habe im vergangenen Jahr einmal an einer Sitzung des Sicherheitsrates als Zuhörer teilgenommen. Und ich glaube, dass wir als Deutsche und wir als Europäer allen Grund haben, den Sicherheitsrat zu stärken und die Vereinten Nationen zu stärken.

Frage: Geht das jetzt noch?

Antwort: Ich glaube, das ist jetzt nötiger denn je. Es ist auch schwieriger, als es gewesen ist, weil man doch den Eindruck hat, dass die gegenwärtige amerikanische Administration glaubt, ganz ohne Sicherheitsrat auskommen zu können, wenn er nicht ihren Weg mitgeht. Aber es gibt keine Alternative dazu, dass wir einen Katalysator in der Frage nach der Gewalt haben, und zwar in allen Erdteilen, denn es brennt ja überall. Und wenn der Weltsicherheitsrat nicht gestärkt wird, dann wird es völlig unkontrollierbar. Denken Sie mal an andere Länder, denken Sie an den Konflikt zwischen Pakistan und Indien, denken Sie an Nordkorea, denken Sie an den Mittleren Osten. Allerdings muss dann auch die Verbindlichkeit der Beschlüsse sichergestellt werden.

Frage: ... Aber da müssen ja auch die Vereinigten Staaten, Spanien, Großbritannien dazu bereit sein.

Antwort: Ja richtig. Und deshalb geht die Diskussion ja weiter, auch die Diskussion mit Spanien und mit Großbritannien, mit den Vereinigten Staaten. Die Tatsache, dass man in einer Sachfrage extrem gegeneinander argumentiert, ist ja kein Grund, das Gespräch aufzugeben, sondern es zu intensivieren. Und ich glaube, das ist dringend nötig. Denn wir brauchen eine klarere europäische Stimme als wir sie jetzt haben. Wir haben ja jetzt ein Stimmengewirr, auch innerhalb Europas. Und wir brauchen eine klare Kompetenz für die Vereinten Nationen und den Sicherheitsrat, und zwar eine politische Kompetenz, juristisch ist sie ja da.

Frage: Da sind wir natürlich in einer schwierigen Situation, denn diese klare Kompetenz wünscht man sich für die EU, für die Vereinten Nationen. Auf vielen Ebenen wünscht man sie sich, aber es gibt sie eigentlich weder auf der Ebene der Vereinten Nationen noch der EU.

Antwort: Ja, es gibt sie noch nicht, aber denken Sie doch bloß mal daran, was haben wir für Erfahrungen in der Weimarer Zeit gemacht mit dem Völkerbund. Und wie viel haben wir inzwischen nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Vereinten Nationen und ihren Organisationen bewirken können - ob das die Flüchtlingsorganisation ist, die Kinderorganisation, die Kulturorganisation, alle diese Einrichtungen, ist ja alles Neuland. Das hat nicht Geschichte wie Diplomatie, sondern das gibt es seit 20, 30 Jahren. Und das zu stärken, ist ein Auftrag, der ist nicht in zehn Jahren erledigt.

Frage: Wie sollen sich denn die Kriegsgegner ... bei der Neuordnung des Irak engagieren?

Antwort: Solange der Krieg noch gar nicht angefangen hat, möchte ich noch nicht über das Ende des Krieges und das, was dann kommt, spekulieren. Ich glaube aber, dass auf uns alle, nicht nur auf die Staaten, auch auf die Menschen, eine große humanitäre Aufgabe zukommt. Denn wir haben es mit einem gebeutelten Land zu tun, schon jetzt und seit Jahrzehnten. Die Sanktionen haben ja nicht den Saddam Hussein getroffen, sondern die Menschen im Land. Und es wird der Auftrag sein, Hunger und Armut und Elend zu bekämpfen, wo auch immer und wann auch immer. Wir werden uns mit Flüchtlingsströmen auseinandersetzen müssen das heißt mit der Frage, wie offen die anderen Länder sein müssen, damit Menschen leben können.

Frage: Da sagen natürlich die Kritiker, die einen führen den Krieg und wir machen die Suppenküche und den Verbandsplatz.

Antwort: Ja, diese Kritik ist ja nicht unberechtigt. Nur, daraus zu schließen, es gibt keine Suppe, das würde ich für kurzschlüssig halten.

Frage: Könnte Deutschland denn da einen besonderen Beitrag leisten?

Antwort: Nein, wir sind eingebunden in die Europäische Union und in die Vereinten Nationen. Und wir sollten auch - das habe ich zu Anfang gesagt - jetzt nicht über das reden, was nach einem Krieg kommt, von dem ich bis zur letzten Minute hoffe, dass er nicht kommt.

Frage: In Europa hat sich ja offenbar auch ein neuer Politikstil eingebürgert. Das waren einmal die osteuropäischen EU-Partner, die Beitrittsländer, die ohne die anderen viel zu fragen eine Erklärung abgegeben haben. Dann war es die etwas oberlehrerhafte Art, in der der französische Präsident darauf reagiert hat. Haben Sie denn Gelegenheit gehabt, mit den Streithähnen zu sprechen?

Antwort: Nicht im Konkreten über diesen Brief der Acht. Aber ich habe natürlich regelmäßige Kontakte mit den Präsidenten von Polen, von Tschechien, mit den baltischen Präsidenten. Wir treffen uns regelmäßig und haben auch unmittelbare Kontakte, auch telefonisch, wenn das sein muss. Ich glaube, Europa wächst zusammen. Und ich halte das für einen Glücksfall, auch dass Osteuropa dazukommt - - -

Frage: Obwohl das ja jetzt erst mal eine leichte Bremse gewesen ist, was da passiert ist.

Antwort: Ja, das ist aber nicht schlimm - - -

Frage: Stimmungsmäßig.

Antwort: Ja, Ja. Stimmungen ändern sich sehr schnell. Mir sind Begegnungen des französischen Präsidenten in Osteuropa in Erinnerung, in denen wurde er umjubelt. Jetzt wird man ihn nicht wegen eines Satzes - von dem Sie sagen, er sei von einem Oberlehrer - ausschließen aus der Kommunikation. Das glaube ich nicht.

(db)

Frage: In der Weltpolitik (spielen) bestimmte finanzielle Leistungen eine Rolle... Unsere polnischen Nachbarn hätten es natürlich ganz gerne, wenn dort amerikanische Truppen stationiert würden. Die Türkei dealt, was bestimmte finanzielle Ersatzleistungen für die Bereitstellung für den Krieg angeht. Gab es das immer schon? Wird das jetzt nur deutlich, oder ist das ein neuer Stil?

Antwort: Jedenfalls ist das kein Stil, der erst in diesen Tagen oder Wochen begonnen hätte. Ich erinnere mich noch gut der Diskussionen um die Finanzierung des ersten Golf-Krieges 1991. Damals haben etwa 90 Prozent der Kosten die Alliierten getragen, zehn Prozent der Kosten die Vereinigten Staaten. Das wird jetzt sicher anders sein. Aber dass man über Kosten streitet, das ist keine Neuigkeit. Das fängt nicht jetzt erst an.

Frage: Aber die Empfänglichkeit für möglichst große Summen ist die gestiegen?

Antwort: Ja, das ist wie im Leben. Ja.

Frage: Kann die Bundesrepublik Deutschland denn da mitbieten?

Antwort: Das sind Fragen an die Bundesregierung und an die Opposition, also an den Haushaltsgesetzgeber. Aber ich habe nicht die Meinung, dass wir jetzt über (die) Finanzierung von Kriegen reden sollten, sondern wir sollten reden über den möglichen deutschen Beitrag zum Frieden in der Welt. Und da gibt es viele, viele Felder auf denen wir aktiver sein müssten, als wir sind.

Frage: Das ist das humanitäre Feld, wo die Deutschen sich engagieren könnten. Meinen Sie, dass die Deutschen in den Vereinten Nationen oder in Europa jetzt eine Mittlerrolle zwischen den zerstrittenen Parteien übernehmen können, oder sind Sie aufgrund der Äußerungen, die man auch aus Washington gehört hat, da erst mal nicht so als Vermittler akzeptiert?

Antwort: Also das würde mich nicht stören. Denn da gibt es ja sehr unterschiedliche Meinungen. Ich bin ja stolz darauf, zum alten Europa zu gehören, das noch Griechisch gelernt hat und gleichzeitig zum neuen Europa, das sich auf eine zukünftige Rolle in der Welt vorzubereiten versucht. Nein, ich glaube, bei Europa muss man darauf achten, wenn in Europa jemand Nummer Eins sein will, dann ist Europa zu Ende. Europa lebt davon, dass niemand die Nummer Eins sein will.

Frage: Das bezog sich jetzt nicht auf die Franzosen?

Antwort: Das bezog sich weder auf die Franzosen noch auf uns Deutsche, aber besonders auf uns, weil wir von der Bevölkerung her das größte Land innerhalb Europas sind - auch nach der Erweiterung. Und ich glaube, dass es darauf ankommt, auszutarieren. Kompromisse sind oft glanzlos und das gibt faule Kompromisse. Aber es gibt auch eine faule Kompromisslosigkeit. Und darum bin ich dafür, dass Europa zusammenwächst, auch durch die Arbeit, die jetzt in dem Konvent geschieht. Und mein Eindruck ist, die kommen gut voran.

Frage: Hatten Sie in den letzten Wochen Anlass, zum Telefonhörer zu greifen und dem Bundeskanzler einen Rat zu geben?

Antwort: Wenn ich das gehabt hätte, -

Frage: - dann hätten Sie den Hörer wieder fallen lassen.

Antwort: - dann würde ich Ihnen das nicht erzählen. Der Bundeskanzler und ich treffen sich regelmäßig, so wie der Außenminister und ich (uns treffen). Und die Parteivorsitzenden, die Fraktionsvorsitzenden haben bei mir eine offene Tür. Also ich bin im Dialog mit allen politischen Kräften in der Bundesrepublik. Und dann gibt es Situationen, in denen es besonderen Gesprächs bedarf, etwa nach Landtagswahlen, gibt. Und dann gibt es auch Situationen, da kann man darauf warten, bis der andere sich mal wieder meldet.

Frage: Das heißt nicht, dass Sie jetzt darauf warten, dass der Bundeskanzler sich bei Ihnen meldet und um einen guten Rat einkommt?

Antwort: Nein, der war ja heute Nachmittag da.

Frage: Aber nicht nur individuell, sondern in einer ganzen Gruppe.

Antwort: Heute Nachmittag waren die Partei- und Fraktionsvorsitzenden bei mir. Und für mich war das ein sehr nützliches Gespräch. Und es war auch sehr sinnvoll. Denn mir kommt es jetzt darauf an, dass wir nicht nur spekulieren, was passiert in diesem Krieg, und dass wir jetzt nicht alle CNN gucken, sondern dass wir auch überlegen, welche Gefährdungen gehen von diesem Krieg aus für unsere Bereitschaft zur Toleranz, für unsere Dialogfähigkeit, für das Klima in Deutschland. Denken Sie einmal daran, hier am Pariser Platz haben wir am 14. September 2001 mit 200 000 Menschen der Opfer des schrecklichen Attentats auf das World Trade Center gedacht. An der gleichen Stelle haben vor vier Wochen 500 000 Menschen für den Frieden demonstriert. Da sind doch Menschen in Bewegung. Da sind doch Menschen in Sorge, voller Hoffnung. Und dass wir jetzt mehr tun, als uns kloppen, das scheint mir wichtig zu sein. Dass wir das Gemeinsame suchen, dass es ja auch noch gibt und geben muss, das war der Sinn dieser Zusammenkunft.

Frage: Sie haben das demonstrative Bekenntnis, die vielen Beileidsbekundungen und Solidaritätsbekundungen zu Amerika nach dem 11. September erwähnt. Nun muss man davon ausgehen, dass es in den nächsten Tagen auch Demonstrationen gegen die amerikanische Regierung in Berlin und anderen deutschen Städten geben wird. Wo ist für Sie die Grenzlinie zwischen Anti-Amerikanismus und einer berechtigten, auch demonstrativen Kritik an der Position der amerikanischen Regierung?

Antwort: Ich finde, dass man die Politik eines anderen Landes und einer anderen Regierung, wenn sie einen selber tangiert, öffentlich kritisieren darf. Das kann man machen in Zeitungsartikeln, das kann man machen in Demonstrationen. Ich warne nur vor jeder Art von Anti-Amerikanismus, vor jeder Art von Anti-Zionismus, der antisemitisch ist, und vor jeder Art von Anti-Islamismus. Denn das ist auch eine große Gefahr. Was ich nicht möchte, ist, dass wir Demonstrationen bekommen, bei denen der andere, der Gegenstand der Demonstration ist, die Sorge nicht mehr erkennt, sondern nur den Zorn. Ich glaube, wir müssen so demonstrieren, oder die, die demonstrieren, müssen es so tun, dass man ihnen ihre Sorge abspürt und nicht nur ihren Zorn und ihren Ärger.

Frage: Immer wieder umstritten ist, ob Mitglieder der Bundesregierung an solchen Demonstrationen teilnehmen dürfen. Was meinen Sie?

Antwort: Ich finde, Minister haben andere Möglichkeiten, ihre Meinung zu sagen als durch Teilnahme an Demonstrationen. Aber das muss jeder mit sich selber abmachen. Das gilt aber nicht nur für Bundesminister. Es gibt nun mal Menschen, die brauchen die Demonstrationen, um sich auszudrücken und es gibt andere, die haben andere Ausdrucksmöglichkeiten.

Frage: Eine solche Ausdrucksmöglichkeit wäre ja eine Stärkung Europas. Sie haben vorhin den Verfassungskonvent erwähnt. Was müsste konkret da drin stehen, damit die europäische Position gegen eine amerikanische Position, wie sie zurzeit vertreten wird, sich auch durchsetzt? ...

Antwort: Das Erste, was wir brauchen, das hat noch nichts mit dem Verfassungskonvent zu tun: Wir brauchen eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dass damals, als es in Jugoslawien losging, drei Außenminister hinfuhren, war kein Erweis der Vielfalt, sondern der Zerstrittenheit. Es gab keine gemeinsame Jugoslawien-Politik.

Frage: Demnächst fahren vielleicht 25.

Antwort: Vielleicht fahren dann mal 25. Das kann nicht sein. Wir müssen an dieser Sache bleiben, an einer gemeinsamen sprachfähigen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa. Die ist schwerer geworden durch die Ereignisse der letzten Woche, vor allen Dingen durch den Konflikt zwischen Großbritannien und Spanien auf der einen Seite und Frankreich und Deutschland auf der anderen, aber sie ist nicht weniger nötig. Und dann brauchen wir durch den Konvent eine europäische Verfassung, die Kompetenzen klarlegt, damit wir nicht den schleichenden Kompetenzverlust in den Städten, Gemeinden und Ländern haben, klare Kompetenzen innerhalb der Europäischen Union klare Aufgaben, Zuteilungen innerhalb der Europäischen Union, damit nicht jeder alles macht und damit nicht dies Europa zu einer Bürokratie wird, mit der kein Mensch etwas angefangen kann und eine Pfadfinderprüfung machen muss, wenn man überhaupt zum Gebäude will.

Frage: Das sind Hoffnungen, die viele Menschen in Europa schon seit Jahren hegen und teilen.

Antwort: Ich schon seit Jahrzehnten. Aber das ändert ja nichts.

Frage: Aber müssen wir denn jetzt noch Jahrzehnte warten, bis diese Einheit Europas zustande kommt. Denn leichter wird es ja nicht durch immer mehr Mitglieder?

Antwort: Man darf nie warten, man muss immer handeln. Und ich finde, wir sind in Europa ein ganzes Stück voran gekommen in den letzten Jahren. Aber es gibt eben noch ein paar Unklarheiten nach Nizza, nach Schengen und all den Vereinbarungen. Da ist jetzt Klarheit nötig und ich hoffe, dass die in diesem Jahr geschaffen wird.

Frage: Nach dieser Erholungsphase, nach dem Irak-Krieg? Denn da müssen ja viele erst einmal die Wunden lecken.

Antwort: Sie gehen immer davon aus, dass der anfängt, ich bete ja noch dafür, dass er nicht anfängt. Und wenn er kommt, dann hoffe ich, dass er kurz ist und dass wir uns dann neuen Themen zuwenden, ohne zu vernachlässigen, was dann in Irak und um den Irak geschehen muss. Denn das betrifft ja die ganze Region.

Frage: Wir machen uns Gedanken über die EU, aber wir müssen uns auch Gedanken über die Nato machen, denn was ist ein Militärbündnis, wenn zwei führende Mitglieder wie zum Beispiel die Vereinigten Staaten und Großbritannien eine eigene Doktrin haben und nach dieser eigenen Doktrin gegen die anderen und über Köpfe der anderen hinweg entschieden, wo sie eingreifen in der Welt? Für die NATO scheint mir das Problem eher noch größer zu sein als für die EU.

Antwort: Das ist sicher richtig. Die NATO kommt in eine Krise durch diese Art der Entscheidungen. Aber ich glaube, auch diese Krise ist zu bewältigen, allerdings nur wenn die politische Führungen sich zusammensetzen. Das darf man nicht den Militärs überlassen.

Frage: Und auch nicht Verteidigungsministern, sondern da müssen die (unverständlich; Chefs) sitzen.

Antwort: Richtig, wenn die Verteidigungsminister dabei sind, könnte in dem einen oder anderen Land der Sachverstand noch Zuwachs bekommen.

Frage: Manche Verteidigungsminister könnten die Situation auch verschärfen.

Antwort: Ja, aber insgesamt habe ich den Eindruck, dass wir es gegenwärtig in Europa nicht mit säbelrasselnden Verteidigungspolitikern zu tun haben. Es ist natürlich eine tiefgreifende Umstellung: Wenn ich daran denke, als ich noch vor Wehrdienstverweigerungsausschüssen als Beistand auftrat, da ging es um Landesverteidigung. Heute ist Landesverteidigung scheinbar nur ein Nebenthema, weil die Art und Weise des Einsatzes sich in einem Maße verändert hat, das mit der Globalisierung zusammenhängt, das wir aber in unseren Köpfen noch nicht nachvollzogen haben, oder jedenfalls nicht genug nachvollzogen haben.

Frage: Die NATO und die europäischen Mitglieder der NATO, vielleicht bis auf Großbritannien, sehen ihre Aufgabe noch nicht so global wie diese beiden Weltmächte - das Welt unterstrichen - auch in deren eigener Überzeugung.

Antwort: Frankreich auch nicht. Frankreich ist ja immer noch außerhalb des militärischen Verbundes der NATO. Vielleicht ändert sich das im Laufe der Zeit. Ich glaube, dass hier Strukturreformen fällig sind. Aber ich halte die NATO und die Europäische Union nicht für verzichtbar.

Frage: Also bei der NATO gibt es einen Flügel, der global aktiv ist, und einen, der sich doch mehr auf Europa konzentriert.

Antwort: Richtig. Und es gibt ein ganz starkes Interesse bei den Beitrittsländern. Ich fand das immer interessant, wenn man mit denen sprach und ihre Wünsche abfragte, dass die meisten nicht sagten, Europäische Union und NATO, sondern NATO und Europäische Union. Das hatte natürlich noch etwas mit der Angstbehaftung der früheren Satelliten zu tun, zum Beispiel im Baltikum. Aber für die ist die NATO ganz besonders wichtig.

Frage: Und das stärkt vielleicht auch deren Neigung, sich an den militärisch stärksten Partner zu halten und nicht an die Westeuropäer...

Antwort: Aber es ist ja doch so, wenn Sie sich die NATO ansehen, es gibt ein deutsch-niederländisches Kommando, es gibt ein deutsch-polnisches Kommando, alles Dinge, die wir vor zehn Jahren für völlig unglaublich gehalten hätten. Das, finde ich, sind gute Entwicklungen. Und wenn Sie bedenken, wie die Sowjetunion oder Russland vor fünf Jahren noch gegen den Beitritt zur NATO - etwa Tschechiens - gewettert hat, und wie heute die Haltung Russland ist, mit welcher Gelassenheit die die Veränderungen hinnehmen und annehmen, dann glaube ich, wir sind insgesamt auf einem guten Weg in Europa.

Frage: Woran messen wir den gerade jetzt in der Irak-Krise unsere neuen Verbündeten? Russland und China sind Staaten, wo die Bundesregierung und viele Bürger häufig mit Recht die Einhaltung der Menschenrechte gefordert haben... Gerät das jetzt in den Hintergrund? ...

Antwort: Nein. Ganz eindeutig: Ja, Menschenrechte stehen nicht zur Disposition. Man kann nicht sagen, wegen der engen wirtschaftlichen Beziehungen zu China findet die Menschenrechtsdebatte nicht statt. Man kann über die Art und Weise reden, aber man kann nicht über das Thema schweigen - und das kann man auch nicht beim Tschetschenien-Krieg. Und das habe ich auch nicht getan, als Putin im Februar hier in Berlin gewesen ist. Das gilt auch für alle anderen. Wir dürfen ja nicht glauben, die Vereinten Nationen seien eine Versammlung von lauter Demokratien. Das gilt nicht nur für diese beiden Mitglieder des Sicherheitsrates mit Veto-Recht, sondern das gilt auch für viele andere in Afrika und in Asien. Außenpolitik muss eindeutig bleiben und deutsche Außenpolitik ist nicht denkbar, ohne den Einsatz für Menschenrechte, für Demokratie - und zwar nicht für eine oktroyierte Demokratie, sondern für eine wachsende Demokratie. Die kann man nicht einem Volk verordnen, aber man kann helfen, dass sie entsteht.

(HS)

Frage: Also die Forderung für Menschenrechte in ihren Ländern und in den Regionen geht auch weiter an Putin, geht auch weiter an die chinesischen Führer?

Antwort: Selbstverständlich.

Frage: Sie haben ja vorhin gesagt, Sie sind froh, dass Sie zum alten Europa gehören. Was sind denn die Vorteile des alten Europa, und was sind die Vorteile des neuen Amerika?

Antwort: Na ja, der Satz war natürlich ein bisschen locker dahergesagt. Das muss man auch mal dürfen. Ich finde, Amerika ist ein faszinierendes Land. Und die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Amerika hat mich immer beeindruckt, auch die Entwicklung der Glaubensgemeinschaften. Nun ist das auch ein Thema, das mich besonders interessiert. Mein Sohn war gerade ein Jahr in der Schule in Amerika und ist wenige Tage vor dem 11. September 2001 da angekommen und hat das da also gewissermaßen vor Ort miterlebt. Ich habe ihn ein paar Mal sehen können in der Zeit. Ich glaube, dass die amerikanische Demokratie, der wir viel verdanken in Deutschland und die ja zum Teil entstanden ist durch deutsche Zuwanderer, die hier aus Glaubensgründen verfolgt wurden, dass diese amerikanische Demokratie stark ist und dass wir zwischen Europa und Amerika ganz starke Pfeiler der Verbindung brauchen, damit die Brücke hält. Und dann kann man auch Differenzen und gegensätzliche Meinungen aushalten. Nur darf es eben nicht zu dem Eindruck kommen, als hätten wir zu gehorchen, weil andere bessere Einsichten haben. Denn wir sind ja zur Demokratie erzogen.

Frage: Sagen wir mal andere Einsichten haben?

Antwort: Ja, und weil andere sagen, ihre Ansichten seien die besseren. Wir sind ja zur Demokratie erzogen, das heißt zum aufrechten Gang, auch gegenüber den Freunden, die andere Meinungen haben.

Frage: Es werden ja jetzt immer wieder Meinungsumfragen veröffentlicht, Die Wertschätzung, die die Deutschen anderen Nationen gegenüber bringen, da ist es so, dass die Franzosen inzwischen von 30 Prozent der Deutschen als die besten Freunde Deutschlands bezeichnet werden, und bei den Amerikanern, die mal auf der Fünfzig-Prozent-Quote lagen, sind es nur noch 11 Prozent. Liegen die Deutschen da richtig?

Antwort: Nein, da liegen sie sicher nicht richtig. Das kann auch nicht nur mit Entfernungen zu tun haben oder mit Küche. Also ich glaube, wir haben allen Grund, dem amerikanischen Volk und vielem, vielem, was aus Amerika zu uns gekommen ist, dankbar zu sein. Wir haben auch allen Grund, uns nicht einfach amerikanisieren zu lassen. Und da meine ich jetzt auch wieder die Küche und die Getränke und manche andere Kunststoff verarbeitende Industrie. Also Fastfood ist nicht -

Frage: - ist nicht altes Europa?

Antwort: - nein, ist nicht altes Europa, sondern altes Europa hat schon Qualitäten, die könnte man auch exportieren.

Frage: Wechseln wir mal zur deutschen Innenpolitik. Da war Deutschland ja auch lange geprägt von bestimmten Werthaltungen, die nicht unbedingt auch amerikanische sind, nämlich soziale Sicherheit für alle, Wohlstand für alle, solidarischen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Und da hat man ja jetzt den Eindruck, dass die Situation sich verändert. Reform hieß in Deutschland lange Zeit, es gibt was dazu. Und heute heißt Reform, irgendwer und wahrscheinlich sehr viele müssen auf irgend etwas verzichten. Sind Sie auch ein Verzicht-Prediger?

Antwort: Ich bin jedenfalls jemand, der Reformen anmahnt.

Frage: Auch wenn sie Verzicht bedeuten?

Antwort: Auch wenn sie Verzicht bedeuten. Ich habe allerdings auch eine Karikatur gesehen, da steht jemand mit einem Kampfhund und sagt: "Ich habe den Reform genannt, damit die Menschen

mehr Angst kriegen." Also man muss sehr aufpassen. Das Wort Reform kann man auch missbräuchlich nutzen. Ich glaube, dass wir darauf achten müssen bei allen Reformen, die wir machen, dass wir das, was die Stabilität dieses Staates ausmacht, nämlich die Soziale Marktwirtschaft, dass wir das nicht aufgeben. Das hat die Bundesrepublik ausgezeichnet. Es gibt ein paar Punkte, von denen glaube ich, dass sie die Bundesrepublik ausgezeichnet haben. Das war für mich immer: Die Soziale Marktwirtschaft, das Gegenüber von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privater Presse, starke Gewerkschaften und starke Arbeitgeberverbände, das Gegenüber von Staat und Kirche. Da darf man nicht mischen. Und da muss Klarheit bestehen. Aber im Übrigen muss man streiten um die richtigen Reformen. Und dabei wird natürlich die Suche nach sozialer Gerechtigkeit immer ein Thema sein. Aber soziale Gerechtigkeit ist nie ein erreichtes Ziel, sondern immer eins, das man sucht. Und weil man es sucht, muss es auch immer Streit darüber geben.

Frage: Also jetzt wird dieses Ziel gesucht mit dem Abbau des Kündigungsschutzes, Flexibilisierung des Arbeitsrechts, kein Krankengeld mehr aus der Krankenkasse, Kürzung des Arbeitslosengeldes.

Antwort: Ich bin schon nicht sicher, ob die, die das jetzt machen, Ihrer Liste so zustimmen würden, denn das erste: Abbau des Kündigungsschutzes -

Frage: - gilt für einen bestimmten Bereich von Betrieben.

Antwort: Ja, dann muss man das auch so sagen, sonst klingt das so, als würden wir alle gekündigt. Also ich kann mich nicht in diese innenpolitische Debatte einmischen. Ich habe die mit Interesse gehört, ich habe zu manchem auch Meinungen, die nicht übereinstimmen mit der politischen Herkunft, die mir gelegentlich immer wieder und gern zugeordnet wird.

Frage: Die nicht ganz falsch ist?

Antwort: Nein, deshalb habe ich ja gern gesagt. Aber ich glaube schon, dass es den Streit lohnt und dass wir diesen Streit jetzt auch brauchen. Denn wir haben geringe Wachstumsraten. Wir sind in einem internationalen Wettbewerb. Ich war gerade in Indien. Da gibt es Branchen, da schlackern uns die Ohren, wenn wir sehen, wie die da vorangehen. Und deshalb glaube ich, wir müssen fit sein. Aber wie das zustande kommt, da sollen die im Bundestag streiten, und zwar möglichst in geordneten und klaren Reden.

Frage: Aber Reform heißt heute auch Verzicht?

Antwort: Richtig.

Frage: Ich glaube, das hat sich noch nicht so eingepreßt. Der Begriff Reform ist in den vergangenen Jahrzehnten bei den Wertvorstellungen der Bundesrepublik Deutschland immer ein Zugewinn gewesen. Es gab immer noch was drauf.

Antwort: Ob das die Wertvorstellungen waren, das weiß ich nicht.

Frage: Das war Gewohnheit?

Antwort: Das waren Gewohnheiten. Und wir haben Glück gehabt.

Frage: Schöne Gewohnheiten?

Antwort: Schöne Gewohnheiten, es ist ja auch ein Wunder. Die wenigsten machen sich das bewusst. Wir leben jetzt seit fast sechzig Jahren in Frieden in Deutschland. Eine solche Phase hat es in der deutschen Geschichte nie gegeben. Und wir haben in diesen sechs Jahrzehnten ein Wohlstandsniveau insgesamt erreicht, wie es das auch nie gegeben hat. Das heißt aber nicht, dass wir jetzt sagen dürfen, es ist alles gut, sondern jetzt muss man fragen: Wo ist mehr Gerechtigkeit, wo ist mehr Wettbewerb, in welchen Feldern? Und ich kann nur davor warnen, diese Idee des Wettbewerbs und der Konkurrenz, die in der Wirtschaft unverzichtbar ist, zu übertragen auf alle

anderen Lebensbereiche. Ich habe immer die Sorge, dass bei uns eine junge Generation heranwächst, die kennt von allem den Preis und von nichts den Wert. Das heißt, ich möchte eine Wertediskussion, die sich nicht am Wohlstand abmisst, sondern an der Frage: Was ist uns eigentlich wichtig, was gibt uns eigentlich Orientierung? Wie muss ein Bildungssystem aussehen, das Orientierung verschafft, dass Menschen die Chance gibt, ein eigenes Profil zu entwickeln? Das geht da von der Gentechnologie bis zum Bildungskanon. Darüber wünschte ich mir mehr öffentliche Diskussion.

Frage: Ist das denn mit der Pisa-Debatte erledigt?

Antwort: Nein, ganz und gar nicht. Die Pisa-Debatte war hilfreich. Und die Studie, die da vorgelegt worden ist, ist ein Warnsignal, aber sie ist nicht die Beschreibung unseres Bildungswesens. Unser Bildungswesen ist viel besser, als die Pisa-Studie vermuten lässt.

Frage: Und die Pisa-Studie beinhaltet natürlich nicht eine Wertediskussion, wie Sie sie fordern?

Antwort: Nein, deshalb sage ich, wir müssen über diese Zensurengeberei hinaus. Wir brauchen eine Wertediskussion in Deutschland, auch angesichts der Tatsache, dass wir inzwischen ein pluralistischer Staat sind, eine multikulturelle Gesellschaft werden und die alten Maßstäbe von Kirche, Vaterland und Verein so nicht mehr gelten, weil jüngere Menschen, in jüngerem Alter sich selbst bestimmen wollen und das auch tun. Da ist die Frage: Was haben die für Vorbilder? Welche Menschen gibt's, an denen man sich orientieren kann, bei uns und in anderen Ländern? Also solche Debatten wünschte ich mir mehr. Und ich wünschte mir weniger von dem Häppchen-Journalismus, der in den letzten Jahren Platz gefunden hat, also immer die schnelle Nachricht und die schnelle Überschrift, und dann ist gar nicht mehr wichtig, was drin steht.

Frage: Nun ist die Diskussion, die in Deutschland stattfindet über den Irak-Krieg natürlich auch eine Wertediskussion?

Antwort: Ja, die halte ich auch für sehr, sehr sinnvoll und nützlich. Und es gibt den einen oder anderen Beitrag in der deutschen Publizistik, aber auch in der amerikanischen, der französischen, die ich gern weiter gebe zur Lektüre, weil ich denke, da möchte ich dem und dem sagen: Kuck dir doch dies Argument auch noch mal an. Und ich finde, diese Diskussion wird insgesamt gut und ernsthaft geführt und zum Glück nicht nur im Parlament. Aber ich wünschte mir auch mehr intensive Parlamentsdiskussionen, damit nicht die Talkshows am Sonntag die Themen der Woche bestimmen.

Frage: Streit gehört wahrscheinlich auch zu den Werten, die Sie sich in einer Demokratie wünschen?

Antwort: Aber ja, das habe ich heute Nachmittag auch noch mal gesagt. Die Demokratie lebt vom Streit. Die politischen Parteien müssen unterscheidbar sein, und zwar erkennbar, nicht nur in Nuancen. Das darf nicht nur changieren. Aber es muss ein gemeinsames Fundament geben. Und das muss erkennbar bleiben in der Art und Weise, wie man im Parlament streitet.

Frage: In der innenpolitischen Diskussion, in der sozialpolitischen Diskussion wird ja sehr viel gestritten. Und da hat man, wenn man so die Deutschen, - bei ihrer Sportbegeisterung - Deutschland als den FC Deutschland bezeichnet, hat man den Eindruck, es gibt da Abwehrspieler, die nämlich alles abwehren, was gegen altgewohnte Interessen verstößt. Ist der Bundespräsident ein bisschen Schiedsrichter? Er kann zur Fairness und zum Ausgleich mahnen, aber manchmal könnte ich mir vorstellen, Sie wären auch geneigt, diese Abwehrkämpfe als Schiedsrichter irgendwann mal abzupfeifen, können Sie aber nicht?

Antwort: Nein, das kann ich nicht. Bei manchem Spiel würde ich es gerne früher abpfeifen, als es zu Ende ist.

Frage: Das heißt, der Appell, die Sie hier an die Politiker und an die Fraktionen richten, der gilt ja dann auch für die Verbände, für die Gewerkschaften gleichermaßen wie für die Arbeitgeberverbände?

Antwort: Richtig.

Frage: Reden Sie denen dann mal ins Gewissen, Sie können die ja auch mal einladen und denen ins Gewissen reden?

Antwort: Ja, das habe ich gelegentlich getan. Und auch da bin ich natürlich in einem regelmäßigen Gedankenaustausch. Aber ich richte es auch an die Medien. Das muss man auch hinzufügen.

Frage: Na ja, die Medien sind ja bekanntlich immer an allem schuld. Ich vertrete immer die These, die Kinder sehen nur so viel fern und hören nur das Radio, was ihnen von den Eltern nahegebracht wird?

Antwort: Das ist bei uns zu Hause anders.

Frage: Aha, ja dann geben Sie doch unseren Zuhörern und Zuschauern mal einen Tipp, wie man das zu Hause am besten macht. Da hören ja jetzt viele Familienväter und viele Mütter zu.

Antwort: Also, Sie müssen bedenken, dass ja die jungen Leute heute nicht nur das Fernsehen haben, sondern die haben ja eine Fülle von Kommunikationsmöglichkeiten. Sie haben das Video, und sie haben DVD und alles, was dazu gehört. Und ich finde es auch gut, dass sie das haben. Ich bin nicht für klösterliche Abgeschiedenheit in Kinderzimmern. Aber ich glaube schon, dass wir auch da mithelfen müssen, dass junge Menschen Qualitätsmaßstäbe kennen lernen. Und ich denke dann immer an den alten Fröbel, der den Kindergarten erfunden hat. Der hat gesagt: "Erziehung ist Beispiel und Liebe, sonst nichts." Ich glaube, das stimmt. Und es hängt auch von uns Älteren ab, wie unsere Kinder konsumieren.

Frage: Das ist dann aber hauptsächlich, wenn Sie Ältere sagen, von den Eltern, denn die müssten ja das Vorbild geben?

Antwort: Ja eben.

Frage: Und wenn die Kinder in die Schule kommen, ist es schon zu spät, und wenn sie aus der Schule nach Hause kommen und die Eltern wirken nicht prägend, dann ist schon mal das Meiste verloren.

Antwort: Ja, wir brauchen eine neue Zusammenarbeit zwischen Elternhaus, Schule und Lehrer. Wir brauchen auch mehr Motivation für Lehrer. Ich kenne eine Fülle von Lehrern, die sind völlig resigniert; nicht nur, weil sie das zu lange machen, sondern auch weil sie keinen Rückenwind von den Familien bekommen. Und da sind Chancen, die hat Amerika besser wahrgenommen als wir.

(Loy)

Frage: Früher wurde immer gesagt, an den Schulen wird zu viel politisiert. Sind Sie der Meinung, dass die gegenwärtige Situation um den Krieg in Irak in den Schulen diskutiert werden sollte? Und diskutieren Sie das mit Ihren Kindern?

Antwort: Erste Frage - Ja. Zweite Frage - Ja. Das ist völlig undenkbar, dass man in der Schule an solchen Themen vorbeigeht. Die Kinder haben das gehört, gelesen, diskutiert. Dann muss es auch in der Schule besprochen werden. Das, wovon ich manchmal warne - aufgrund der Erfahrungen, die ich gemacht habe - ist die Überfütterung mit politischen und mit zeitgeschichtlichen Themen. Man muss das Thema Drittes Reich, den Holocaust in der Schule behandeln. Ich kenne zu viele, die darüber geklagt haben, dass sie beim Abitur bei den punischen Kriegen angekommen waren und nicht weiter. Aber ich kenne auch Schulen, in denen geht es durch sämtliche Fächer und in allen

Jahrgangsstufen. Und das halte ich für falsch, weil ich glaube, es gibt nicht nur eine politische, sondern auch eine religiöse Überfütterung, vor der ich warne.

Frage: Sie hatten im Schloss Bellevue vor einigen Tagen eine sehr interessante Veranstaltung, wo sich Schüler mit dem Dritten Reich, mit der Verfolgung der Juden beschäftigt haben, aber gleichzeitig auch mit denjenigen Deutschen, die Juden geholfen haben, die sie versteckt haben. Das spricht ja eigentlich gegen die eben vorgetragene These von der Überfütterung mit diesen Themen.

Antwort: Wenn man das richtig macht, diese Schüler haben das ja richtig gemacht, dann ist das gut. Nur, man darf das dann nicht überall hintragen, in jedes Schulfach. Da kommt es auch sehr auf die Begabung von Lehrern an, sehr viel stärker als auf die Festlegung in Lehrplänen. Mit läge daran, dass deutlich wird: Es hat Menschen gegeben in Berlin, in Deutschland, die Juden gerettet haben. Es sind weniger, als es hätten sein sollen, aber es sind mehr, als wir wissen. Damit wir eine anderes Deutschland-Bild bekommen - auch in anderen Ländern -, sollte man auch von denen reden, die nicht weggeschaut haben, sondern die geholfen haben, die gerettet haben, die ihr eigenes Leben aufs Spiel gesetzt haben. Dafür setze ich mich ein.

Frage: Sie haben vorhin von Vorbildern geredet. Solche Helfer sind Vorbilder in einer vergangenen Zeit. Es muss Leute geben, die bestimmte Werte leben. Wo sehen Sie die dann heute? In der Politik, in der Wirtschaft? In der Wirtschaft, da hab ich Äußerungen von Ihnen in dem Sinne gehört, dass Sie gesagt haben, wo Leute, wenn sie eine Firma gegen die Wand fahren, auch noch abkassieren, können keine Vorbilder gedeihen. Wo sind denn Vorbilder? Selbst, wenn wir uns heute in einem Bankgebäude befinden, müssen wir über dieses Thema sprechen.

Antwort: Wäre ja schön, wenn die Banken auch Vorbildcharakter kriegten. Ich glaube, das hängt auch sehr von dem Alter junger Menschen ab. Es gibt ein Alter, in dem können sie einem jungen Menschen mit niemand anderem imponieren als mit Albert Schweitzer oder mit Mutter Theresa. Aber es gibt eben auch eine Generation, die hat Willy Brandt als Vorbild empfunden. Und es gibt andere, die haben konservative Politiker als Vorbilder empfunden. Natürlich gibt es in einer Mediengesellschaft immer weniger politische Vorbilder; denken sie mal an die 68er, Che Guevara und solche Vorbilder, das äußert sich heute nur noch in Frisuren. Aber ich glaube, es kommt nicht auf das Vorbild dessen an, der den großen Namen hat, sondern auf dessen, der mir glaubwürdig begegnet. Und das können die Eltern sein, das können die Geschwister sein, das können die Lehrer sein, die Schulfreunde. Wenn wir mehr Menschen hätten, die in dem Sinne Vorbild sind, dass sie sagen, was sie tun und tun, was sie sagen, dann wären wir schon ein Stück weiter. Und ich halte das für den eigentlichen Beweis der Glaubwürdigkeit: Tun, was man sagt - sagen, was man tut.

Frage: Aber das beträfe ja dann Politiker---

Antwort: Richtig.

Frage: ---das beträfe auch die in der Wirtschaft Tätigen.

Antwort: Das gilt dann für alle.

Frage: Sie stellen ja häufig das Engagement der Ehrenamtlichen in den Vordergrund. Diese wäre ja dann solche Vorbilder. Man fragt sich auch manchmal, ob in einer Gesellschaft wie der deutschen alle Leistungen, die früher die Familie erbracht hat, nun von der Solidargemeinschaft erbracht werden soll, ob das nicht auch über Nachbarschaftshilfe gehen soll. Und warum Arbeitslose dafür bezahlt bekommen, dass sie nichts tun? Sollte man sich nicht Gedanken machen, dass man sie dafür bezahlt, dass sie Nachbarschaftshilfe leisten?

Antwort: Ganz gewiss gehört das auch in die Diskussion, die wir gegenwärtig führen. Ich glaube, die Situation des Ehrenamtes wird in Deutschland unterschätzt. Es gibt über 20 von 80 Millionen Menschen in Deutschland, die ehrenamtlich tätig sind. Und sie sind das nicht nur, weil sie sozial engagiert sind, sondern auch weil sie sich ein Stück weit selbst verwirklichen wollen. Da hat sich

was geändert. Früher waren das die Do-gooders. Das sind sie heute nicht mehr. Aber die brauchen wir, und die brauchen wir verstärkt, denn eine Gesellschaft ohne Ehrenamt funktioniert, aber sie erfriert. Darum versuche ich überall, zum Ehrenamt aufzumuntern. Von der Jugendfeuerwehr und dem Fanfarenzug bis zu Rotarier und Lions.

Frage: Junge Menschen engagieren sich ja nicht mehr so langfristig, wie das früher der Fall gewesen ist. Die engagieren sich punktuell, in gegenwärtigen Zeiten bei einer politischen Demonstration, aber sie gehen deswegen weder langfristig in eine karitative Organisation noch in eine Partei?

Antwort: Sie müssen erkennen, junge Menschen wollen wissen: Was verändere ich? Ich erinnere mich gut der Jahre 1989/1990, also Anfang der neunziger Jahre, wenn man da damals sagte: Wir in Nordrhein-Westfalen wollen rumänische Kinderheime sanieren, da fanden sie Tausende junger Leute, die fuhrten nach Rumänien. Die fragten nicht: Ist das haftpflichtversichert? Wird das auf den Urlaub angerechnet? Sondern die kamen und halfen, weil es konkrete Projekte waren. Junge Menschen engagieren sich nicht mehr lebenslänglich und nicht mehr ganzwöchentlich, sondern punktuell und auf ein bestimmtes Thema hin orientiert. Parteien und Gewerkschaften haben zu wenig Angebote dieser Art. Sie müssten sich selber stärker verändern, als sie es tun, damit junge Menschen dazu kommen.

Frage: In den Vereinigten Staaten gehört es ja zur positiven Bewertung eines Arbeitnehmers, wenn er sich außerhalb des Betriebes ehrenamtlich engagiert. Das ist amerikanische Kultur, die wir uns vielleicht auch in Deutschland wünschen können?

Antwort: Ja, ja. Bei uns ist es ein bisschen die Kultur, dass man Bewerbungen sagt: Ich habe nichts als die Firma im Kopf. Das finde ich falsch. Da brauchen wir ein neues Denken. Da können wir viel von Amerika und auch von Großbritannien lernen.

Frage: Das Bundesverfassungsgericht hat es abgelehnt, das Verbotsverfahren gegen die NPD weiter zu führen. Das ist ein Triumph für die NPD. Befürchten Sie denn, dass aus einer solchen kruden Gemengelage, wie wir sie im Moment haben - Anti-Amerikanismus bei einigen Teilen der Bevölkerung, Skepsis gegenüber der Europäischen Union, Fremdenfeindlichkeit, Angst vor Einwanderern, dass die Arbeitsplätze wegnehmen -, rechte radikale Stimmungen entstehen?

Antwort: Stimmungen ja, aber keine Stimmen. Erstens, weil die politischen Parteien breit genug gefächert sind und das aufgreifen. Zweitens, weil ich es für eine der Erfolgsstorys der deutschen Nachkriegsgeschichte halte, dass die radikalen Parteien nicht gewählt werden. Ich kann mich gut erinnern: 1970 war die NPD in 7 von 11 Landtagen. Das ist alles vorbei. Dann gab es mal vor 6, 8 Jahren den Erfolg der DVU in Sachsen-Anhalt. Das ist auch vorbei. Ich glaube, wir sind inzwischen eine stabile Demokratie. Wir haben immer noch rechts- und linksradikale Denkweisen, nicht nur an Stammtischen, und müssen uns damit auseinandersetzen. Aber wir sind eine offene Gesellschaft. Und wir sind - was die Demokratie angeht - inzwischen so glaube ich bewährt und auf gutem Wege. Da wird auch das NPD-Urteil von Dienstag nichts ändern und nichts öffnen. Da gibt es auch keine neuen Bewegungen, die da groß werden könnten; immer unter der Voraussetzung, dass die so genannten etablierten Parteien ihre Glaubwürdigkeit behalten oder zurückgewinnen - das ist immer die Voraussetzung.

Frage: Sie haben eben gesagt, ein solches Spektrum solcher Stimmungen, die uns nicht so sympathisch sind, könnten vielleicht mit von den Parteien aufgenommen werden. Das heißt, die Parteien müssten sich durchaus für Wähler nach rechts öffnen oder für Wähler nach ganz links, um radikalen Parteien nicht die Möglichkeit zu geben, sich zu etablieren?

Antwort: Nein, nein, sie müssen nicht nach rechts gehen, sie dürfen vor allem nicht rechtes Denken fördern. Aber sie müssen wissen, welche Argumente es da gibt und sie müssen Antworten haben. Ob es diese Antworten gibt, das ist das Entscheidende. Ob es ein Zuwanderungsgesetz gibt, das ist wichtig, dass Zuwanderung geregelt und Integration ermöglicht wird. Da hat es Versäumnisse und Fehler gegeben, die ich jetzt nicht nachträglich bewerte. Aber ich meine nicht,

dass wir linken oder rechten Strömungen nachlaufen sollten. Man soll dem Volk auch aufs Maul schauen, aber nie nach dem Munde reden.

Frage: Glaubwürdigkeit der Parteien: Junge Leute treten kaum noch in die Parteien ein. Die Wahlbeteiligung geht zurück, jetzt gerade bei der Oberbürgermeisterwahl in Kiel sind mal gerade noch ein Drittel der Bürger zur Wahl gegangen. Der Präsident der Vereinigten Staaten ist - wenn man es in absoluten Zahlen nimmt - von einem Viertel der Bevölkerung gewählt worden, weil 50 Prozent der Wähler nicht zur Wahl gehen. Wenn das so weiter geht, dann kann der Bundeskanzler auch mal froh sein, wenn er sich auf 25 Prozent der Wähler insgesamt stützen kann.

Antwort: Wir hatten seit 1949 immer eine höhere Wahlbeteiligung als Amerika, auch höher als in Großbritannien. Ich hoffe, das bleibt so. Aber die Kurve geht nach unten, das macht mir große Sorgen. Und ich warne vor der Meinung, die sogenannten Nichtwähler wären alles Desinteressierte - das ist nicht so. Es gibt eine Fülle von Leuten, die gehen nicht wählen, weil ihnen das Angebot, das ihnen gemacht wird---

Frage: Aber die gehen seit Jahren nicht wählen.

Antwort: Ja, vielleicht ist das Angebot seit Jahren nicht so, wie sie es erhoffen oder wünschen. Aber wir müssen natürlich etwas tun - ich tue es regelmäßig -, damit die Wahlbeteiligung wieder nach oben geht, und zwar angefangen auf der kommunalen Ebene bis hin zu Bundes- und Europaparlament.

Frage: Wenn sich die Politiker in den Parlamenten natürlich so wie zanksüchtige Nachbarn in einer Kleingartenkolonie verhalten, sich gegenseitig der Lüge bezichtigen und sich ständig über den Gartenzaun zanken, dann kann man eigentlich auch nicht erwarten, dass der Wähler dazu Vertrauen gewinnt. In einem normalen Betrieb würde man solche Leute links liegen lassen. Vielleicht sind wir in der Situation in Deutschland?

Antwort: Da wundere ich mich nun schon seit über 40 Jahren. Ich war ja über 40 Jahre selber Abgeordneter, dass es in der Politik Menschen gibt, die glauben, dass Schimpfen Menschen anziehe. Ich halte das für falsch. Ich habe nie einen politischen Gegner beschimpft und bin damit immer gut gefahren. Ich habe auch immer die Zustimmung gefunden, die ich erhofft hatte, ohne zu schimpfen, ohne jemanden der Lüge zu zeihen. Natürlich darf man nicht zimperlich sein. Wer in die Küche geht, muss auch Qualm aushalten können, das sage ich allen Politikern. Aber gelegentlich habe ich doch den Eindruck, sie sollte ihre Zungen mäßigen, damit der Verstand mehr Platz hat.

Frage: Was möchten Sie denn in dieser Situation vor Ablauf des Ultimatums dem amerikanischen Präsidenten und dem irakischen Volk sagen?

Antwort: Ich will nicht dem amerikanischen Präsidenten eine Fernsehbotschaft zukommen lassen, sondern ich will ihn bitten, zu verstehen, dass die Sorge, die wir haben, nicht daraus besteht, dass wir jetzt Saddam Hussein für einen liebenswerten Kerl halten. Wir halten ihn für einen schrecklichen Diktator. Aber die Sorge um das Leben und um die Freiheit von Menschen bewegt uns, weil wir der Meinung sind, man sollte alles tun, damit es ohne Krieg abgeht.